

## Resolution der SPD im Kreis Plön zu der geplanten Bundeswehrstandortschließung in Lütjenburg

Die Entscheidungen des Bundesverteidigungsminister De Maizière über die zukünftigen Bundeswehrstandorte können in unserem Land keinen jubeln lassen! Schleswig-Holstein hat mit minus 40 Prozent die bundesweit größte Reduzierung hinzunehmen. Fast 11.000 Dienstposten sollen wegfallen. Die größten Verlierer sind: Boostedt, Lütjenburg, Hohn, Glücksburg, Seeth und Stadum.

Die geplante Standortschließung in Lütjenburg ist ein schwerer Schlag für unsere Region. Der größte Heeresstandort in Schleswig-Holstein, nämlich Lütjenburg, mit seinen 830 Dienstposten soll geschlossen werden.

Das sind harte Entscheidungen für Tausende Soldaten und Zivilbeschäftigte und ihre Familien.

Die berechtigten Hoffnungen, dass in Lütjenburg die nach der Bundeswehrreform von 2004 getätigten Investitionen nicht umsonst gewesen sind, sind nun bitter enttäuscht worden. Die Stadt und die Region haben mit vielen Vertreter/innen des öffentlichen Lebens in den letzten Monaten keine Chance ungenutzt gelassen, um für den Standort überzeugende Argumente vorzutragen. Leider umsonst!

Bundesverteidigungsminister De Maizière hatte zwar schon früh angekündigt, seine Entscheidung nach den Kriterien Funktionalität, Attraktivität, Kosten und Flächenpräsenz zu treffen. Leider ist es bei dieser Ankündigung geblieben. Das wenig transparente Verfahren, in dem die Entscheidungskriterien, die für oder gegen einen Standort sprechen, mit den Beteiligten zu keinem Zeitpunkt offen diskutiert wurden, haben es den Vertretern der Region extrem schwer gemacht, ihre Interessen vorzutragen.

Vieles, was hier als "Einsparung" verkauft wird, verlagert erst einmal nur die Kosten!

Wir fordern den Minister auf, seine Beweggründe und Entscheidungskriterien offenzulegen!

Die SPD des Kreises Plön erwartet angesichts der besonderen Härte für die betroffene Region, dass der Verteidigungsminister seine Entscheidung zur Schließung des Bundeswehrstandortes Lütjenburg noch einmal auf den Prüfstand stellt. Insbesondere sollen umgehend die Kriterien offengelegt werden, die zur Aufgabe des Standortes Lütjenburg geführt haben.

Für den Fall einer Unumkehrbarkeit der Entscheidung fordern die Sozialdemokraten im Kreis Plön Landes- und Bundesregierung auf, ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung in der strukturschwachen Region gerecht zu werden und für alternative Nutzungsangebote und finanziellen Ausgleich zu sorgen.

Es wird jetzt in den nächsten Monaten darum gehen, ihn einer konzertierten Aktion die absehbaren negativen Auswirkungen auf die Region abzumildern.

Die Landesregierung ist jetzt in der Pflicht sich gemeinsam mit den betroffenen Standorten und dem Kreis Plön für Kompensationsmaßnahmen bei der Bundesregierung einzusetzen.

Unsere Region braucht jetzt Hilfe und Unterstützung, um die Folgen dieser Entscheidung, wenn wir sie denn nicht verhindern können, verkraften zu können!